



Doris von Sayn-Wittgenstein

Abgeordnete im schleswig-holsteinischen Landtag
Landeshaus - Düsternbrooker Weg 70 - 24105 Kiel
E-Mail: sayn@wittgenstein.ltsh.de
Telegram: <https://t.me/joinchat/qO7JE8VSBBEyNzgy>
<https://vonwittgenstein-alternativ.de/>

P R E S S E M I T T E I L U N G 32/2021

Kiel, den 16.6.2021

„Die Landesregierung hat lange genug geschlafen“ Landesregierung vollzieht Kurswechsel bei Munition in der Ostsee

50.000 Tonnen an Weltkriegsmunition sind allein auf dem Meeresboden der Lübecker Bucht zu finden, „von 7000 Tonnen Munition wissen wir genau, wo sie liegen“, wird Claus Böttcher von der Sonderstelle Munition im Meer des Umweltministeriums in den „Lübecker Nachrichten“ zitiert. Der Munitionsexperte aus dem Kieler Ministerium fordert nunmehr die rasche Bergung der Munitionsaltlasten. Bei den Lübecker Kommunalpolitikern, vor allem der FDP-Fraktion, trifft er damit auf offene Ohren. Rolf Müller, FDP-Umweltpolitiker in Lübeck, erklärte so: „Die Munition am Ostseeboden ist genauso eine Zeitbombe wie der Klimawandel, wir können nicht noch mal zehn Jahre warten.“

Insbesondere die Aussage des Umweltministeriums stellt einen klaren Kurswechsel der Landesregierung dar: Vor rund drei (!) Jahren war es die schleswig-holsteinische Landtagsabgeordnete Doris v. Sayn-Wittgenstein, die dieses umweltpolitische Thema überhaupt erst ansprach und in die landespolitische Debatte einbrachte. In Kleinen Anfragen ([DS 19/546](#) und [DS 19/781](#)) thematisierte sie wiederholt Munitionsrückstände in Nord- und Ostsee.

Die Landesregierung wiegelte damals ab und spielt das Problem herunter. So erklärte sie: „Demnach ist derzeit nicht erkennbar, daß eine großräumige Gefährdung der marinen Umwelt über den lokalen Bereich der munitionsbelasteten Flächen hinaus vorhanden oder zukünftig zu erwarten ist.“

Dazu erklärt v. Sayn-Wittgenstein: „Endlich ist das Problem der Munitionsrückstände in der schleswig-holsteinischen Politik angekommen. Es ist höchste Eisenbahn, diese tickenden Zeitbomben vom Meeresboden zu entfernen. Einheimische, Urlauber und Ausflügler müssen vor

den gefährlichen Altlasten endlich geschützt werden. Die Landesregierung hat lange genug geschlafen.“